

Erscheint  
wöchentlich dreimal:  
Dienstag, Donnerstag  
und Samstag.

Alle Postämter nehmen  
Bestellungen darauf an.

# Vollsbblatt

für  
Stadt und Land.

Vierteljährlicher Preis:  
in der Expedition zu Pa-  
derborn 10 Sgr.; für Aus-  
wärtige portofrei  
12 1/2 Sgr.

Insertionsgebühren  
für die Zeile 1 Silberg.

N<sup>o</sup>: 102.

Paderborn, 25. August

1849.

## Uebersicht.

Auch eine Betrachtung über die Grundsteuer.

Deutschland. Paderborn (Brandunglück; Kirchendiebstahl); Berlin (Ankunft eines Couriers mit wichtigen Nachrichten; Antrag Camp-hausens); Frankfurt (Geburtsfest des Kaisers von Oestreich); Karlsruhe (Proclamation des Großherzogs); Wien (Ankunft des Großfürsten-Thronfolger von Rußland); Altenburg (Conferenz in Koburg); Hamburg (Einrücken des Düsselb. Husarenregiments); Ungarn. (Nachrichten vom Kriegsschauplatz.) Vermischtes.

Auch eine

## Betrachtung über die Grundsteuer

aus den westlichen Provinzen mit Andeutungen zu gerechter Steuer-Ausgleichung und Vertheilung.

Die in diesen Tagen im Druck erschienenen „Betrachtungen über die Grundsteuer“ sind im wesentlichen dieselben Betrachtungen, welche Herr v. Bülow-Gummerow u. Couss: in ihrer Denkschrift gegen den Gesetzentwurf vom 20. Juli 1848 „die Aufhebung der Grundsteuerbefreiung betreffend“ mit denselben unhaltbaren Voraussetzungen und darauf gebaueten irrigen Folgerungen angestellt haben. Des Pudels Kern in beiden Denkschriften ist: (vergl. pag. 41 bei Keppe und pag. 14 bei v. Bülow.)

„Daß die Grundsteuer-Freiheit, sie möge ihren Ursprung haben woher sie wolle, ohne Ungerechtigkeit gegen die jetzigen Besitzer nicht aufgehoben werden könne; und daß denjenigen, welchen ein Mehrbetrag der Besteuerung erwachse, dafür eine Capital-Entschädigung vom Staate geleistet werden müsse.“

Zu dieser Folgerung kann ich jedoch aus beiden vorliegenden Denkschriften, so sehr ich auch den in einer dieser Schriften hervorgehobenen provincialen Particularismus zu überwinden mich bestrebt habe, selbst nicht gelangen; sei es, daß die Prämissen in beiden Schriften am unrichtigen Orte aufgestellt, oder daß sie durch das Zugeständniß in der v. Bülow'schen Denkschrift pag. 14 sub a u. c. in die verkehrte Stellung gerathen sind, dieses Zugeständniß lautet dort wörtlich: „eine, nach gleichem Maße aufzuerlegende Steuer wurde fortan von allen ertragsfähigen Grundstücken des ganzen Staats erhoben, was die Ausgleichung der Provinzen und die Aufstellung wichtiger Taxprincipien bei der Einschätzung zur Folge haben wird.“

In diesem kurzen Sage ist ganz dasselbe ausgesprochen, was die westlichen Provinzen auf fast allen ihren Provinziallandtagen vergebens erstrebt, und sich in ihrem gerechten Verlangen auf das Gesetz vom 30. Mai 1820, mithin auf den allbeliebten Rechtsboden, gestützt haben. Im §. 4 dieses Gesetzes ist das Maximum der Grundsteuer sogar bestimmt; die westlichen Provinzen haben nun schon über 20 Jahre, in Erwartung der versprochenen Ausgleichung, mehr als das bestimmte Maximum aufgebracht. Dieser unverkennbare Patriotismus der westlichen Provinzen hat, so viel mir bekannt, bis jetzt noch nicht die gebührende Anerkennung gefunden; wird sie aber finden, wenn es erlaubt ist, den Ausführungen in den beiden Denkschriften gegenüber, folgende unlängbare Thatfachen vorzutragen:

1. Auch in Westphalen und Rheinland waren vor 1806 die Rittergüter — die jetzt bedeutende Grundsteuern zahlen — ebenso wie manche andere Güter, und auch die Gemeindegrundstücke von der Grundsteuer befreiet.

2. Dort waren in früheren Zeiten die Grundstücke mit keinem anderen Abgaben belastet, als welche die Unterhaltung der Kirche erforderte, oder die aus privatrechtlichen Titeln herrührten.

3. Die Grundsteuer ist dort erst in jener Zeit eingeführt, als durch Errichtung der stehenden Heere, durch auswärtige Reichskriege, innere Kriegen u. die Landesaussgaben sich vermehrten, die der Landesherr aus seinem andern Einkommen nicht mehr bestreiten konnte.

Diese Grundsteuer mußte alsdann 4. jedes Jahr von den Landständen bewilligt werden; dergestalt, daß die Repartition des Bedürfnisses, ohne Einwirkung des Landesherrn, auf die Gemeinden bewirkt, und diesen die Subrepartition auf ihre Mitglieder überlassen wurde;

5. Mußte über die Verwendung den Landständen Rechnung gelegt werden, wogegen dem Landesherrn der Ertrag seiner Domänen und seiner anderen Einkünfte, die nicht steuerpflichtiger Qualität waren, frei und ohne Rechenschaft an die Landstände, überlassen wurden.

6. Die ursprüngliche Grundsteuerbewilligung Seitens der Landstände war auf eine f. g. Simpla (einfache Schätzung) beschränkt; dies steigerte sich im vorigen Jahrhundert auf 8 bis 10 solcher Simpla, und in dem Jahre, wo ein Theil der jetzigen westlichen Provinzen mit der Krone Preußens vereinigt wurde, auf die Höhe von 14 1/2 Simpla, welche nach Aufhören der Landstände, bis zur Ausgleichung durch das Cataster fortgehoben sind.

In anderen Landestheilen Westphalens war es ebenso; einige bezahlten hohe Grundsteuern, andere geringere. Hierdurch wurde das Verlangen nach Ausgleichung immer dringender, und dadurch hauptsächlich die Einführung des Catasters hervorgerufen.

Die westlichen Provinzen haben die Steuerlast auf ihre Schultern gleichmäßig übernommen, damit sie weniger drückend würden; die östlichen Provinzen können sich nach dem positiven Gesetze vom 30. Mai 1820 derselben Verpflichtung nicht entziehen, zumal da das Gesetz vom 27. October 1810 „alle Grundsteuerbefreiungen aufgehoben, selbst die Staatswaldungen der Steuer unterworfen, und ausdrücklich erwähnt hat, daß wenn der Staat die Dienste fordere, welche für die frühere Steuerfreiheit haben geleistet werden müssen, diese ausschließlichen Dienste die Grundsteuer weit übersteigen würden.“ Ob dieses Gesetz zur Ausführung gekommen oder nicht, verändert den Standpunkt der Beurtheilung in keiner Weise.

Das sind die einfachen Thatfachen, wie sie sich in den westlichen, und wahrscheinlich auch in mehreren anderen Provinzen — obgleich dort das westliche Ausgleichungs-Cataster noch nicht eingeführt ist — unbestreitbar darstellen; diesen Thatfachen gegenüber, wird in der fraglichen Denkschrift nun behauptet:

a. daß eine Grundsteuer, wenn sie 20 — 30 Jahre bestanden, die Eigenschaft einer unabänderlichen Rente habe, welche zu Gunsten des Staats auf dem Grundeigenthum hafte!

Wäre diese Annahme richtig, was sie nach dem Vorhergesagten aber nicht ist, so würde daraus folgen: daß das gesammte Grundvermögen in die östlichen Provinzen eigentlich dem Staate gehöre, und daß die jetzigen Besitzer nur freie Erbpächter seien. Schwerlich wird man aber dort diese ganz logische Schlussfolgerung einräumen wollen. Der Staat selbst hat an eine solche Grundherrlichkeit nicht gedacht, sonst hätte er den Grundbesitz unserer Gesetzgebung zuwider, diese f. g. Grundrente nicht für „unabänderlich“ erklären dürfen.

b. In jener Denkschrift wird ferner behauptet: daß, abgesehen von der Frage, ob die Abgabe steuerlicher oder rentpflichtiger Natur sei, solche durch ihr langes Fortbestehen den Charakter der Unabänderlichkeit angenommen habe, oder sie sei, wie die Juristen sagen, verjährt.